

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich M. 3,50, vierteljährlich M. 10,50, — frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 10,50, — einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 14 M. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb., Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum M. 25, —, auswärts M. 28, —. : Restzeile 70 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Auslieferung werden jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 293

Samstag 179

Wildbad, Donnerstag, den 14. Dezember 1922

Samstag 179

57. Jahrgang

Der springende Punkt

Poincarés Einmarschforderung

Aus Paris über Basel: Sonderbar, das Regie-Bureau der Londoner Konferenz hat die Presse bei Beginn der Verhandlungen wissen lassen, daß bis zur Entscheidung strenges Geheimnis gewahrt werden müsse. Aber was tut der Vertreter der Hoover-Agentur? Er funkt jeden Abend spaltenlange Berichte in die Welt, die dem Konferenzamtlichen Reuterdureau schärfste Konkurrenz machen. Die Berichte sind natürlich französisch gefärbt. Prüft man sie genauer, so entpuppen sie sich als diplomatische Waffen Poincarés. Bei Beginn der Konferenz wurde die Lage so dargestellt, als sei alles in schönster Ordnung. England werde irgendwie nachgeben und Frankreich seine Pfänderepolitik durchsetzen. Als das britische Außenamt die Vorschläge des deutschen Reichstanzlers Cuno auf den Konferenztisch legen ließ, wußte der französische Sonderberichterstatter zu melden, sie seien einstimmig abgelehnt worden. Das war eine bewußte Unwahrheit. Nur Poincaré hatte die Ablehnung gefordert. Bonar Law wünschte Beratung. Die Italiener hielten mit ihrer Ansicht zurück. Verschwiegen wurde, daß nach englischer Meinung die deutschen Vertreter, Staatssekretär Bergmann und Reichsbankpräsident Havenstein, die zurzeit in London weilten, von den Sachverständigen der Verbündeten gehört werden sollen. Verschwiegen wurde auf französischer Seite ferner das Eingreifen der „Nebenkonferenz“ der amerikanischen Botschafter. Einer dieser unsichtbaren, aber guten Geister soll im kritischsten Augenblick der englisch-französischen Spannung erklärt haben, wenn an der Anleihe für Deutschland zwei bis drei Milliarden fehlen sollten, werde Amerika nicht anstehen, diese Summe vorzustrecken. Dieses Angebot war unter der Bedingung abgegeben, daß ein europäischer Friedensvergleich zustande komme, daß also vor allem Poincarés Einmarschpläne vollständig unter den Tisch fallen.

Wie steht es nun mit diesen Einmarschplänen? Als die Minister damit begannen, die Sicherheiten für eine zweijährige Zahlungsfrist an Deutschland zu erörtern, schien alles noch ganz gut zu gehen. Poincaré verlangte die Bürgschaft der Goldwalle, Mussolini und Bonar Law die Wiedereinführung der 25prozentigen Ausfuhrabgabe, Theunis (Belgien) wünschte beides, und es sah beinahe so aus, als verzögerte Poincaré auf den sofortigen Einmarsch ins Ruhrgebiet, wenn man ihm nur das französische Besatzungsrecht zugestehen für den Fall, daß Deutschland eine böswillige Unterlassung nachgewiesen werde. Da man in englischen Kreisen tatsächlich das Vertrauen hat, daß Deutschland mit seinen Vorschlägen, insbesondere mit der Markfestigung Ernst machen wird, glaubte man, Herrn Poincaré das gegenstandslose Zugeständnis eines französischen Sondervorgehens im Fall deutscher Widerpensigkeit machen zu dürfen. Ein entsprechendes Protokoll wurde bereits ratifiziert. Da machte Poincaré in der letzten Stunde der Sonntagverhandlungen plötzlich einen Strich durch die ganze Rechnung. Er erklärte mit Nachdruck, daß er der neuen Zahlungsfrist nur dann zustimmen könne, wenn der französische Truppenmacht gestattet werde, die deutschen Städte Essen und Bochum zu besetzen. Das war ein Schlag mit der Faust auf den Tisch. Den Engländern blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung abzubrechen. Bonar Law berief sein Kabinett auf Montag vormittag ein, um zu der Hauptfrage der Konferenz, der Frage der französischen Landpolitik, Stellung zu nehmen.

Was war geschehen? Ganz einfach: Poincaré hatte die deutschen Vorschläge am Sonntag nachmittag zu Gesicht bekommen. Mit dem scharfen Advokatensicht, den er besitzt, erkannte er sofort, daß die ganze Besatzungsfrage hinfällig wird, wenn die Verbündeten auf die Pläne Cuno's auch nur beratend eingehen. Denn diese Pläne ruhen auf der für den deutschen Standpunkt selbstverständlichen Voraussetzung, daß künftig jeder Gewaltschritt und jedes militärische Vorgehen unterbleibt, daß die Sanktionen in keiner Form wiederkehren, daß alles der friedlichen Entwicklung, der wirtschaftlichen Verständigung, der vernünftigen Anleihepolitik überlassen wird, kurz darauf, daß die deutschen Vorschläge von allen Verbündeten anerkannt werden. Dies aber ist nicht im Sinn Poincarés! Kehrt er ohne das Zugeständnis des französischen Besatzungsrechts nach Paris zurück, so wird seine Stellung vor der nationalpolitischen Kammer unhaltbar. Daß Poincaré den Kampf in London noch nicht aufgibt und sich gern noch etwas abhandeln läßt, beweist eine halbamtliche Barausgabe des „Petit Parisien“, der in solchen kritischen Augenblicken stets als Schreibtisch der französischen Regierung benutzt wird. Das Blatt meint, wahrscheinlich läme doch noch eine Verständigung zustande, wenn Poincaré die Einmarsch-Erlaubnis im Falle deutschen Widerstands erhalte. In diesem Punkte aber steht und fällt die Londoner Konferenz.

Tagespiegel

Wie verlaufen ist das Ergebnis der Unterredung Poincarés mit Millerand, daß beide auf die Besetzung des Ruhrgebietes verzichtet haben, um die Konferenz am 2. Januar nicht unmöglich zu machen, die nun auf ganz veränderter Grundlage stattfinden wird. Bonar Law soll mit Washington in Verbindung getreten sein. Die Vereinigten Staaten sollen entschlossen sein, gegen die etwaige Besetzung des Ruhrgebietes Einspruch zu erheben, da sie den Weltmarkt schädigen würde. — Die Vorschläge des Reichstanzlers Cuno finden in England immer mehr Beachtung.

Clemenceau ist in Begleitung des Bankiers Baruch wieder in New York angekommen, wo er von Oberst Houze, dem Freund Hardings, empfangen wurde.

Der amerikanische Konsul Mulhally auf Malta wurde durch einen Revolverbeschuss von einem Unbekannten verwundet.

Refet Pascha hat das Amt des Militärgouverneurs von Thrazien übernommen. Adnan Bey wird an seiner Stelle Gouverneur von Konstantinopel.

Im Sudan ist ein Aufstand ausgebrochen; verschiedene (englische?) Poststellen wurden getötet. Ein Angriff auf die Hauptstation soll abgeschlagen worden sein.

Die Brotverteuerung und Landwirtschaft

Die Reichsregierung hat, wie bereits berichtet, trotz unverändert gebliebenen Umlagepreises in Höhe von 22 300 Mark je Tonne deutschen Getreides die Abgabepreise für Getreide und Mehl auf etwa das Dreifache des bisherigen Preises erhöht. Die Tonne Roggen wird vom 4. Dezember ab für 90 000 Mark und der Zentner Roggenmehl für 13 000 Mark an den Kommunalverband abgegeben.

Dazu schreibt der Reichstagsabgeordnete M. Schiele in der „D. Tagesztg.“: Das deutsche Getreide ist an dem Marktenbrot mit 55 Prozent beteiligt. Von den für ein Marktenbrot gebrauchten 3 1/2 Pfund Getreide kommen also 1,9 Pfund deutschen Ursprungs in Betracht. Bei einem Umlagepreis von 14,15 Mark je Pfund beträgt der Anteil der deutschen Landwirtschaft demnach 27 Mark oder 9 1/2 Prozent des Berliner Marktenbrotpreises (1900 Gramm) von 286 Mark. Auf Bäckerei und Müllerei sind erfahrungsgemäß etwa 20 Prozent des Marktenbrotpreises, also 57 Mark zu berechnen. Auf das verwendete Auslandsgetreide von 1,6 Pfund, sowie für allgemeine Unkosten der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände entfallen somit 202 Mark, oder 80 Prozent des Marktenbrotpreises. Die Gesamtkosten der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände betragen im abgeschlossenen Wirtschaftsjahr 1921/22 durchschnittlich 14 Prozent des Marktenbrotpreises. Angewendet auf den neuen Marktenbrotpreis ergibt sich ein Anteil der öffentlichen Bewirtschaftung am Marktenbrotpreis von 40 Mark je Brot (gegen den Anteil der deutschen Landwirtschaft von 27 Mark.). Die Generalunkosten der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände im laufenden Wirtschaftsjahr würden sich auf der Grundlage des jetzigen Marktenbrotpreises auf 110 Milliarden Mark belaufen, während die deutsche Landwirtschaft für zu liefernde 50 Millionen Zentner etwa 70 Milliarden Mark auf der Grundlage des jetzigen Umlagepreises erhalten würde. Die öffentliche Brotbewirtschaftung kostet also 40 Milliarden Mark mehr, als auf die deutsche Landwirtschaft überhaupt für ihr Umlagegetreide entfallen würde. Dieses Verhältnis bestand bereits im Wirtschaftsjahr 1920/21, in welchem die öffentliche Bewirtschaftung 6 1/2 Milliarden verschlang, während die deutsche Landwirtschaft für ihr gesamtes Umlagegetreide von 50 Millionen Zentner rund 5,2 Milliarden Mark empfing.

Falls der Konsument nur Brot aus reinem deutschen Getreide bei dem gegenwärtigen Umlagepreis erhielte, so würden sich die Herstellungskosten eines 1900-Gramm-Brotts etwa folgendermaßen gestalten:

3 1/2 Pfund zu je 14,15 Mark	50,00 Mark,
Bäckerei und Müllerei	57,00 Mark,
Fracht, Provision usw. 15 Proz. v. 50 M.	7,50 Mark,
Summe	114,50 Mark
gegenüber	286 Mark.

Die deutsche Landwirtschaft hat im vorigen Jahr eine Sondersteuer von 12 Milliarden Mark als Folge des Umlagegesetzes tragen müssen. Die diesjährige Sondersteuer wird bei Fortsetzung der bisherigen Politik voraussichtlich 350—400 Milliarden Mark betragen. Eine Tonne Aus-

landsweizen kostet bei dem gegenwärtigen Dollarstand 400 000 Mark. Das deutsche Umlagegetreide kommt auf nur 7 Prozent oder den 15. Teil dieses Preises hinaus.

Der Gesamtgroßhandelsindex, der noch am 25. Oktober das 726fache des Friedens betrug, ist bereits am 25. November auf das 1229fache und am 5. Dezember auf das 1495fache hinaufgeschneit. Der Index für Kolonialwaren ist heute auf das 2180fache, für Holz auf das 2586fache, für Leber auf das 2653fache, für Metalle auf das 1921fache und für Kohle und Eisen auf das 1865fache des Friedens gestiegen. Alle Betriebsmittel, die die deutsche Landwirtschaft zu verwenden hat, müssen gegenüber dem Friedenspreis mit 1000—2500 multipliziert werden, während der Entwertungsfaktor beim Umlagegetreide nur das 150fache beträgt.

In der Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats an das Reichsernährungsministerium wird auf den Preisunterschied des Umlagegetreides gegenüber dem Getreide des freien Marktes hingewiesen. So stellte sich der Zentnerpreis im vorigen Jahr bei Umlage-Roggen auf 105 Mark, freier Markt 394 Mark, Weizen 115 gegen 517 Mark, Gerste 100 gegen 461 Mark, Hafer 90 gegen 405 Mark. Bei einer Ablieferung von 44 097 420 Zentner Roggen, 3 596 260 Ztr. Weizen, 1 322 600 Ztr. Gerste, 177 540 Ztr. Hafer erhielt die deutsche Landwirtschaft im ganzen 5 192 037 600 Mark. Hätte sie die Frucht auf dem freien Markt verkaufen können, so würde sie nach oben genannten Zahlen insgesamt 19 915 272 200 Mark erhalten haben. Mithin hätte sie durch die Umlage eine Geldeinbuße von 14 723 234 600 Mark.

Daß in dem neuen Erntejahr die Einbuße noch viel größer ist, ergibt sich ohne weiteres. Legt man nur das erste Drittel des Umlagepreises mit 16 666 680 Zentner zugrunde, so ergibt sich bei einem Umlagepreis von 1415 Mark eine Einnahme von 23 583 352 000 Mark gegenüber dem freien Marktpreis von 83 333 400 000 Mark (5000 M. l. d. Ztr.), bleibt also eine Einbuße von 59 950 047 800 M.

Im vorigen Jahr betrug die Gesamtgetreidernte in Roggen, Weizen und Gerste (Hafer kommt für die Umlage kaum in Betracht) 233 429 060 Zentner. Davon waren in Abzug zu bringen für Ausfaat 23,87 Mill. Ztr., für Eigenverbrauch und Deputate an Dienstleute 50,88 Mill. Ztr., für Umlage (nach Abzug des Hafers) 49,2 Mill. Ztr., für Schwund, Eintrocknen, Hinterforten usw. 11,7 Mill. Ztr., zusammen abzuziehen 135,65 Mill. Ztr. Es blieben somit für den freien Verkauf im Vorjahr 97,77 Mill. Ztr. oder 41 Prozent der Gesamternte.

Im laufenden Wirtschaftsjahr wurden an Roggen, Weizen und Gerste (ohne Hafer) aber nur 176,2 Mill. Ztr. geerntet. Davon sind in Abzug zu bringen die Betriebe bis 5 Hektar landwirtschaftlich gemischter Fläche, die nach dem neuen Umlagegesetz von der Umlage befreit sind und die nach der eigenen Versorgung keine nennenswerten Getreidemengen auf den Markt bringen können. Diese Betriebe haben von der gesamten Ackerfläche 14 Prozent inne. Will man ihren etwaigen Getreideverkauf in Anschlag bringen, so möge ihre Gesamtfläche statt mit 14 mit 10 Prozent der Ackerfläche angenommen sein. Die Ernte dieser von der Umlage befreiten Betriebe wäre somit etwa zu 17,4 Mill. Ztr. zu veranschlagen. Für die Gesamternte der umlagepflichtigen Betriebe bleiben also 158,8 Mill. Ztr. Davon gehen nun ab: für Ausfaat 16,2 Mill. Ztr., für Eigenverbrauch und Deputate 50,8 Mill. Ztr., für Schwund usw. 7,8 Mill. Zentner, für die Umlage 50 Mill. Ztr. Insgesamt von der umlagepflichtigen Ernte mit 158,8 Mill. abzuziehen: 124,8 Millionen Zentner. Zum freien Verkauf verbleiben also im neuen Wirtschaftsjahr für die umlagepflichtigen Betriebe 34 Mill. Ztr. oder 21,2 Prozent gegen 97,6 Mill. Ztr. oder 41 Prozent im Jahr 1921/22.

Deutschlands Sache die Sache der Welt

III.
Sehen wir den Fall, Frankreich und Italien hätten den Krieg verloren und die Verträge von Versailles und von Saint-Germain wären auf diese beiden Länder angewandt worden. Danach hätte also Italien an Österreich die Provinzen von Udine und Treviso abtreten müssen, und das wäre noch sehr bescheiden gewesen gegenüber den vier Millionen Deutschen Österreichs, die mit den deutschen Städten der Welt andern Völkern zugespöhen wurden. In annäherndem Ausmaß der dauernden Abtretung des

Saarbeckens hätte Italien mindestens die Wasserkraft und elektrischen Anlagen der Provinzen Como und Sondrio abgeben müssen, zugleich mit dem Recht, die Kräfte nach Oesterreich zu verlegen. Bei Ermangelung einer Verbindung mit dem Mitteländischen Meere hätte Oesterreich natürlich einen Hafen am Ligurischen Meer und, entsprechend dem Verfahren mit Danzig, einen „Korridor“ (Zugang) verlangt, der Piemont von der Lombardei getrennt und vom übrigen Italien gänzlich abgeschnitten hätte. Zur Sicherung einer Entschädigung von halber Höhe der von Deutschland geforderten hätte Italien 60 Milliarden zur Verfügung stellen und sich verpflichten müssen, in den Provinzen Mailand und Padua ein Besatzungsheer von mindestens 70 000 Weissen und Schwarzen zu unterhalten, und zwar bei Strafe der Befehung von Bologna und Ferrara im Falle der Nichterfüllung. Zu allem dem noch die Abtretung aller übertragbaren Güter, des ganzen im Ausland liegenden italienischen Besitzes, der Handelsflotte und der Kolonien.

Das gleiche nun auf Frankreich angewandt, hätte Frankreich zunächst alle seine übertragbaren Güter, alle Kolonien, seine ganze Handelsflotte, alle Unterseeabel usw. abliefern müssen. Da Frankreich Reichthum dem Deutschlands etwa gleich ist, wäre es nur billig gewesen, wenn Deutschland von ihm 150 Milliarden Franken in Gold gefordert hätte. Als Ausgleich der Saargruben hätte Frankreich etwa alle seine Gruben des Pas-de-Calais und, als schwaches Gegenstück zu Oberschlesien, etwa das Becken von Briey abtreten können. Zu direkter Verbindung mit dem Mittelmeer hätte Deutschland vielleicht den Hafen von Teite mit einem „Korridor“ vom Elb bis an die Küste vorgezogen. Zur Sicherung der 150 Milliarden hätten 100 000 Deutsche nebst 30 000 Negern und anderen Farbigen aus Ostafrika, Togo und Neuguinea das Gebiet von Burgund und der Franche Comté besetzt, mit Standquartieren in Lyon, Dijon, Bourgogne-sur-Mer und Rouen und natürlich unter Bevorzugung der reichen und wohlhabenden Bürger. All diese Leute hätten jährlich selbstverständlich mindestens vier Milliarden Goldfranken gefordert. Obgleich genötigt, zu entlassen und seine Flotte abzutreten, hätte Frankreich dennoch neben sich ein Deutschland gesehen, das eine Million Soldaten unter Wasser gehalten und andauernd mit Befehung neuer Gebiete gedroht hätte. Die Finanzen des Staats sowie Eisenbahnen, Kanäle, Flüsse wären natürlich unter die Kontrolle besonderer Kommissionen gekommen, die in Berlin und München ihren Sitz gehabt hätten. In Krönung des Ganzen hätte Frankreich erklären müssen, daß jede Beleidigung, jede Gebietsoverlegung, jeder Akt des Hasses und der Rache von ihm niemals als feindseliger Akt betrachtet werden.

Franzosen und Italiener können nicht an derartige Möglichkeiten denken ohne einen Schauer des Grauens. Besser im Kampf sterben als besiegt leben, wenn die Niederlage die grausamste Entwürdigung und der erbärmlichste Ruin sein soll. Und doch sind Franzosen und Italiener sich dieser Folgen der Verträge nicht bewußt, oder diejenigen, die es sind, fahren aus Unwissenheit oder Rohheit oder Torheit oder all diesen Ursachen zusammen damit fort, von den „Rechten des Siegs“ zu sprechen und zu wiederholen, daß der Verband für den Triumph der Freiheit und des Rechts gekämpft habe. Wir würden erröthen, wenn man uns beschuldigte, ein halbwildes Volk so behandelt zu haben, wie wir es mit Deutschland getan. Gegen die Deutschen halten wir alles für erlaubt, das heißt gegen das Volk, das in den letzten 150 Jahren der Welt von Kant bis zu Schopenhauer die größten Denker, von Beethoven bis zu Wagner und Goethe die größten Künstler gegeben und im allgemeinen die größten Beiträge zur Wissenschaft und ihrer industriellen Anwendung geliefert hat. Mag auch in der Verfolgung die scharfe Wollust mitwirken, denjenigen am stärksten zu quälen, der man am meisten gefährchtet, so wirkt doch im selben Maß auch die leidenschaftliche Hoffnung mit, das deutsche Volk zu erdrücken und zu zerstören.

Welche Zukunft bereiten wir unsern Söhnen, und was wird unser nächstes „Morgen“ sein? Die Lage, die wir heute schaffen, ist die, die wir morgen antreffen werden und wir werden nicht eher weder den innern Frieden der Nationen noch das Gedeihen noch die nötigen Lebensbedingungen wiederfinden bis wir diese traurige Zeit der Unwissenheit und der Brutalität überwunden haben werden. Die Sache Deutschlands und der besiegten Völker ist nunmehr Sache der ganzen Welt; denn nur von ihrer Lösung hängt der Friede und das wirtschaftliche Gedeihen der gesamten Erde ab.

Helfferich über Kriegsentchädigung und Industrie

In einer Versammlung des Industrie-Ausschusses der Deutschnationalen Volkspartei in Halle machte Staatsminister a. D. Dr. Helfferich interessante Ausführungen über die Entschädigungsfrage. Durch das Londoner Ultimatum habe sich die damalige Reichsregierung verpflichtet lassen, auf unabsehbare Zeit mehr als 3 Milliarden Goldmark, mit den Ausgleichszahlungen sogar mehr als 4 Milliarden jährlich zu zahlen, und sie sei schon an der ersten Milliarde gescheitert. Die Erfüllungspolitik war schon im Juli 1921 zusammengebrochen. Der Versuch, sie dennoch fortzusetzen, hat den Wert der Mark von ein Fünftel auf ein Zweitausendstel der Goldmark herabgeworfen. Die Inlandpreise von dem damals Bierzeinsachen auf das Zwöshundertfache und mehr des Vorkriegsstands emporschnellen lassen und einen großen Teil unseres Nationalvermögens vor allem an Industrieaktien und städtischen Grundstücken, zu Schleuderpreisen, die kaum 5 Prozent des alten Geldwerts ausmachen, in ausländische Hände übergehen lassen.

Das Kabinett Cuno hat eine böse Erbschaft antreten müssen. Die Schwierigkeiten wurden noch dadurch vermehrt, daß Unverantwortliche und unbefugte Stellen bei den feindselig-gläubigern unmögliche Erwartungen geschmeichelt haben, die um so gefährlicher sind, als jene Leute sich den Anschein gaben, als ob sie im Einverständnis mit der deutschen Industrie handelten. Sicherlich gebe es in der deutschen Industrie keine einzige Persönlichkeit von Bedeutung, die solche Angebote auch nur wie sie z. B. an Reynaud und Loucheur gemacht wurden, auch nur für denkbar gehalten hätte.

Es gelte nun, von dem In- und Ausland die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Industrie mit unanfechtbaren Zahlen aufzuweisen. Der durch Marktsturz und Papiergeldflut erzeugte Willkürwahn muß gründlich zerstreut werden, denn bei allen Entschädigungszahlungen handelt es sich um Gold, nicht um Papier.

Ende 1913 betrug der Nennwert des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften etwas über 17 Milliarden Goldmark, der Kurswert nahezu 32 Milliarden Goldmark. Am 1. September 1922 war der Nennwert auf mehr als 80 Milliarden Papiermark „gestiegen“; der gesamte Kurswert stieg sich auf nahezu 1000 Milliarden Papiermark. Zu dem damaligen Dollarkurs in Gold umgerechnet machte jedoch der Kurswert der sämtlichen deutschen Aktien, trotz der gewaltigen Erhöhung des Nennwerts durch Erhöhung des Aktienkapitals, nur noch 3.1 Milliarden Goldmark aus. Wenn also heute die sämtlichen deutschen Aktien zu ihrem anscheinend so hoch getriebenen Kurswert der Pariser Entschädigungskommission ausgeliefert würden — Poincaré und Borhous verlangen wenigstens einen großen Teil —, so wäre die Wirkung, daß ganze drei Milliarden Goldmark an der Kriegskontribution abgeschrieben würden. Aber von diesen 3 Milliarden ist im Wege der durch die verfehlte Erfüllungspolitik verschuldete „Ueberfremdung“ infolge der Markentwertung mindestens ein Drittel, und zwar das wertvollste und für die Entente interessanteste Drittel, bereits in ausländische Hände übergegangen, so daß der gegenwärtige Goldwert des in deutschem Besitz verbliebenen Aktienkapitals auf nicht mehr als 2 Milliarden Goldmark veranschlagt werden kann. Und doch gibt es noch Leute, die mit den „Sachwerten“ der deutschen Industrie den zehnfachen Beitrag „garantieren“ wollen.

Noch ungünstiger als die Werberechnung auf Grund der Börsenkurse stellt sich die Ertragsberechnung. Nach den amtlichen Ausweisen hat die Kapitalertragssteuer in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahrs (April bis September 1922) 1088 Millionen Papiermark gebracht. Da die Steuer 10 Prozent beträgt, war der den Kapitalisten verbleibende Ertrag neunmal so hoch, also rund 9.8 Milliarden Papiermark = rund 5 Millionen Goldmark im halben Jahr oder 10 Millionen im vollen Jahr. Wenn also das ganze deutsche bewegliche Kapital einschließlich aller Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw. zu Gunsten der Kriegsentchädigung verpfändet würde, so ließe sich mit dessen Zinsenertrag bei einem Zinssatz von 10 Prozent — und darunter ist keine ausländische Anleihe für Deutschland zu bekommen — eine Anleihe von sage und schreibe 100 Millionen Goldmark garantieren, mehr nicht. Wie kann man da von „Goldmilliarden“ reden!

Eine Gegenüberstellung von Kapitalertrags- und Einkommensteuer ergibt ferner, in welch erschreckendem Maß das deutsche Kapitalvermögen zerstört worden ist. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahrs 1922 hat die Einkommensteuer 47.3 Milliarden Papiermark ertragen. Die durchschnittliche Belastung der Steuerpflichtigen dürfte näher bei 12 als bei 15 Prozent Steuerfuß liegen. Diese 47.3 Milliarden Steuerertrag entsprechen also einem Halbjahrseinkommen von rund 350 Milliarden Mark, das Halbjahrseinkommen aus Kapitalvermögen beträgt aber nur 10 Milliarden Mark, also noch nicht einmal 3 Prozent des Gesamteinkommens des deutschen Volks. Daraus ist ersichtlich, wie erschreckend eng die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Industrie und des Kapitals für die Kriegsentchädigung geworden sind. Das deutsche Kapital ist ausgepumpt. Helfferich schloß: Wenn heute Verpflichtungen auf neue Goldmilliarden unterschrieben werden, so werden sie unterschrieben mit dem Blut des arbeitenden deutschen Volks.

General Handler

Das Kriegsgericht in Lille hat vor kurzem den deutschen General Handler zu zehnjähriger Freiheitsstrafe und zu zwanzigjährigem Aufenthaltverbot in Frankreich verurteilt. Wegen angeblich im Krieg begangener Barbareien gegen die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet. General Handler war aveweislich der französischen Prozeßkassen Kommandant des 6. deutschen Armeekorps. Nach Bekanntwerden dieser Nachricht hat deutscherseits sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um dem von den Franzosen behaupteten Tatbestand auf den Grund zu kommen. Was hat sich herausgestellt? Es gibt überhaupt keinen General Handler und hat ihn auch im Krieg nicht gegeben. Auch ein General eines ähnlichen Namens hat weder das 6. Armeekorps noch das 6. Reservekorps noch die 6. Armee befehligt.

Wie lächerlich, diese Art französischer Justiz — so werden viele sagen, die diese Nachrichten lesen. Aber damit ist es nicht abgetan. Für unser Rechtsempfinden sind solche Komödien allerdings nur lächerlich, aber um so schwerer wiegt zu unserem Nachteil die satanische Bosheit, den die Franzosen mit diesen Kontumazialprozessen (Strafverfahren gegen „abwesende Angeklagte“) im In- und Ausland auf unsere Kosten betreiben. Sie sind ein Hauptmittel der heutigen deutsch-feindlichen Politik. Der ganzen Welt soll immer wieder vor Augen geführt werden, daß die „Boches“ im Krieg wirklich die nichtswürdigen Barbaren waren, als die sie damals die Lügenhege der Entente hinstellte, und daß sie demnach die barbarischen Härten des Versailler Vertrags als Sühne für ihre eigene Barbarei vollstaus verdienen. Noch kürzlich sagte Poincaré in einer seiner bekannten politischen Reden: „Weil die Deutschen den Krieg wie Mörder und Brandstifter geführt haben, darum müssen sie jetzt die Entschädigungen zahlen.“ Jetzt merken die Franzosen, daß die Hauptstücke des Versailler Vertrags, die Lilge von der deutschen Kriegsschuld, zu wanken beginnt. Denn immer mehr sachliche Urteile aus dem neutralen Ausland nehmen gegen diese offensichtliche Geschichtsfälschung Stellung. Da muß denn wieder der General Handler, den es gar nicht gibt, dazu herhalten, das wankende Gebäude von neuem zu stützen.

Neue Nachrichten

Mittel für Fürsorgezwecke

Berlin, 13. Dez. Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschloß, die Summe zu Hilfsmahnahmen gegen die Not der Jungelohrer und Studienaffessoren um 1 Million zu erhöhen. Ferner wurden bewilligt: für die Hauptstelle für naturwissenschaftliche Berichterstattung 600 000 M., für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 400 Millionen, für das Deutsche Museum in München 90 Millionen (für Wochenhilfe und Wochenfürsorge werden 2.3 Milliarden angefordert); ferner zur Unterstützung von Rentnern der Invaliden- und Angestelltenversicherung 7.8 Milliarden und für außerordentliche Fälle weitere 1 1/2 Milliarden, für Kleinkapitalrentner 2 1/2 Milliarden, für gemeinnützige Anstalten 1 Milliarde, für Beiträge zur Anhebung und Selbständigmachung Kriegsbeschädigter 4.3 Millionen, für deren Gesundheitsfürsorge 2.5 Millionen und für ihre Familienfürsorge 8.3 Millionen, für Erwerbslostenfürsorge für Schwerkrriegsbeschädigte 47.5 Millionen, für Fürsorge im Ausland zunächst

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

5. (Nachdruck verboten.)

„Soll ich ihm etwa Teppiche legen und Gras aufstreuen lassen wie bei der Antlaspzession?“ unterbrach sie der Bauer. „Als wenn ich dafür könnt“, daß ihn das Los getroffen und er sich hineingewieft hat!“

„Nein, dafür könnt Ihr nichts,“ war Judikas Antwort, „wohl aber dafür, daß der reiche Himmelmooser, der das Geld zum Fenster hinaustwirft, um aus seinem Bauernhofe ein Schloß zu machen, nicht einmal so viel aufzuwenden gehabt hat, um für seinen einzigen Sohn einen Mann, einen Einseher zu stellen.“

„Am Können hat es wohl nicht gefehlt, aber am Willen,“ sagte der Bauer. „Die drei Jahre schaden dem unnützen Bubel nicht, und der harte, strenge Dienst wird den baumstarken Burischen auch nicht zu Grund gerichtet haben. Ist er denn nicht, so lang er daheim war, überall dabei gewesen, was etwas zu raufen gegeben hat? Ist er nicht überall der erste gewesen, der dreingeschlagen hat? Ist er nicht schier mehr Zeit im Arrest gewesen, als in der Freiheit? Gab ich nicht mehr Kosten und Strafen bezahlt, als der ganze Burisch wert ist? ... Nichts da, fortjagen kann ich ihn nicht, weil er doch einmal mein Sohn ist, aber eh' er ein gutes Gesicht von mir kriegt, muß ich zuvor sehen, daß er sich ein anderes angehofft hat — und wenn er heut' heimkommt, bleibt im Himmelmoos alles beim alten und nichts hat sich geändert, als daß ich nun einen Knecht weniger brauche. — Also aus der Bahn oder nieder tan!“ schloß er, indem er Judika über den Schultern faßte und bei Seite schob. „Sie will mir meine Sache nicht bringen — also such' ich selber den Weg.“

Rafch hatte er die Treppe im Hausflur erreicht. Die Bauerin sah ihm etwas betroffen nach und schien sich zu besinnen, was allenfalls noch in ihrer Macht stände,

die Gewitterwolken, die sie über dem Hause sich bilden sah, abzuwenden oder der Heftigkeit ihres Ausbruches Einhalt zu tun — sie kam zu keinem Ergebnis, denn im obern Stockwerk wurde abermals die zornende Stimme des Bauers laut, vermischt mit dem Schelten einer andern Männerstimme und dem Gepolter sich anstimmender Füße, als ob ein paar Reischen in heftigem Ringen miteinander begriffen wären. Nach wenigen Augenblicken slog oder stürzte der Hinzueilenden der Maurer Fazi über die Stufen entgegen und taumelte durch die daneben befindliche Tür ins Freie; ihm nach stürzte der Bauer mit zornglühendem Angesicht, eine kurze Eisenstange in der hochgehobenen Hand. Er wäre unsehbar dem Fliehenden nachgestürzt, um ihn zu mißhandeln, hätte nicht Judika, den Zusammenhang ahnend, im entscheidenden Augenblicke die Türe vor ihm zugeworfen und den Kiesel in die Klammer gestoßen, daß er sich erst damit befassen mußte, diese Hindernisse zu beseitigen.

Er stieß einen schweren Fluch aus und knirschte mit den Zähnen. „Was tut Sie denn, daß Sie mich aufhält?“ schrie er wie außer sich. „Will Sie dem Haslunten durchhelfen? Schau' Sie hinaus! Während ich nicht anders denk, als er stolz draußen im Garten herum, hat er sich von hinten herein in den obern Stock geschlichen, in die guten Stuben und war gerade darüber, das Wandkästel aufzubrechen, wo das Geld liegt. ... der Keel muß einen Dietrich haben. ... ich muß ihm nach und ihm einen Dentsettel geben.“

Endlich war es ihm gelungen, die Türe frei zu machen. Der Hinzugang hatte es für gut befunden, eine zweite Begegnung nicht abzuwarten; in weiter Ferne schon rannete eine kaum mehr erkennliche Gestalt quer über die Wiesen; es war eine Unmöglichkeit, ihn einzuholen. Gleichwohl glaubte der Bauer im ersten Augenblick nicht daran. „Laß den Sulton los!“ rief er und tat einen gellenden Pfiff auf den Fingern, „laßt, alles was Fäße hat, laßt ihm nach, — zehn Kronentaler, wer ihn einholt!“

Die Aufforderungen waren vergebens; die herbeigeeilten Knechte hielten es nicht für möglich, bei so großem Vorsprung den Dieb zu erreichen, und das Nachsehen des jungen unerfahrenen Hundes für zwecklos. Der Bauer murkte in sich hinein und hieß sie wieder ihre Wege gehen. „Er kommt mir doch nicht aus,“ sagte er dann, indem er seinen Anzug vollendete und den Hut auf den Kopf stülpte, „und wenn er mir noch einmal auf hundert Schritt an den Hof herankommt — nieder schief' ich ihn, wie einen wütigen Hund.“

Eitigen Schrittes ging er den Hügelpfad hinunter, dem Dorfe zu. Judika vermochte ihn nicht zu halten und mußte sich aufs Nachsehen beschränken. Nach einer Weile blieb er stehen, sah, wie sich besinnend, umher und schlug dann einen kleinen Feldweg ein, der seitwärts gegen ein Wäldchen abbog und auf einem Umwege ebenfalls gegen das Dorf führte. „Eitenops!“ sagte Judika, den ihren schüttelnd. „Den Umweg macht er nur, damit er nicht etwa dem Bubel in die Hände läuft. Heilige Mutter Anna, was wird's da geben, wenn die zwei auseinanderstoßen!“

Es dämmerte schon stark, als die Arbeit des Tages getan war und abgebrochen werden mußte. Das Nachessen war verzehrt und die Gäste zerstreuten sich, die Einheimischen in ihre Schlafkammern, die Fremden auf die verschiedenen Wege, die nach ihrer Heimat führten. Judika hatte noch in der Küche nachgesehen und die Kohlen zusammengehiebt, um den neuen Ankömmling, den sie mit Zuversicht erwartete, das Nachtmahl warm zu halten. Dann trat sie vor die Haustür, setzte sich dort nieder und nadelte mit den falgigen Händen, die nie zu feiern vermochten, an einem jener dicken, mit grünen Schindeln verzierten „Weinlinge“, welche die Gebirgsbewohner zwischen Knöchel und Knieen um die Waden zu tragen pflegen. Sie war der gewohnten Arbeit so sicher, daß sie dabei ungehört auf den Weg hinabbliden konnte, auf welchem der Sohn des Hauses kommen mußte.

(Fortsetzung folgt.)



90 Millionen; für allgemeine Erwerbslosenfürsorge 1.72 Milliarden, für produktive Erwerbslosenfürsorge 1.48 Milliarden, zur Förderung des Kleinwohnungsbaus für Reichsarbeiter, Angestellte und Militärpersonen und Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen 95 Millionen Mark.

Der achtfundige Arbeitstag

Berlin, 13. Dez. Im Reichswirtschaftsrat erklärte bei Beratung des Arbeitszeitgesetzes der Abg. Cohen-Keuf (Soz.), er sei über den Achtstundentag, für den er früher selbst gekämpft habe, anderer Ansicht geworden. Die Wirtschaftsverhältnisse haben sich so geändert, daß es sich heute vor allem um Vermehrung der Waren handle. Die deutsche Wirtschaft sei heute so heruntergewirtschaftet, daß eine innere Erneuerung nötig sei, sonst müsse Deutschland als großes Volk auscheiden. Das müsse auch die große Masse erlernen. Die schematische Beschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden sei nicht länger vereinbar mit der dringenden Notwendigkeit, die Warenerzeugung wieder auf die frühere Höhe zu bringen.

Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter

Berlin, 13. Dez. In den Besprechungen im Reichsfinanzministerium wurde eine Stundenlohnenerhöhung für ungelernte Arbeiter in Ortsklasse A um 40 Prozent in der ersten Dezemberhälfte und um weitere 39 Prozent in der zweiten Hälfte vereinbart.

Die Gewerkschaften gegen die Schuldfrage

Berlin, 13. Dez. In einer Versammlung der Vertreter aller deutschen Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen, die am 11. Dezember unter dem Vorsitz des früheren Reichsministers Wissell im Sitzungssaal des Reichstags stattfand, nahm einstimmig eine Entschliessung an, die das ganze deutsche Volk zum einmütigen Protest gegen das Diktat von Versailles auffordert. An dem ganzen Elend des deutschen Volkes trage die Lüge von der Urheber schaft Deutschlands am Krieg die Schuld. Es wird erwartet, daß alle am Krieg beteiligten Staaten zur Klarstellung der Tatsachen ihre Geheimarchive öffnen, wie Deutschland es getan habe. Den Volksgenossen am Rhein und im Saargebiet, die unter fremder Bedrückung schmacheten, wurde die unüberbrückliche Liebe und Treue gelobt. — Zahlreiche andere Vereinigungen, wie der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Offiziersbund, die verschiedenen Vereinigungen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten usw. erklärten in Zuschriften ihre volle Uebereinstimmung.

Unerhörte Zumutung der Ueberwachungskommission

Berlin, 13. Dez. Die militärische Ueberwachungskommission hat der Reichsregierung eine Kostenrechnung für den Monat Dezember in Höhe von über 100 Millionen Papiermark übergeben. Vereinfachungsgemäß wurden die Kommissionsunkosten in die allgemeinen Befähigungskosten von 220 Millionen Goldmark eingerechnet, die durch Sachleistungen bereits gedeckt sind. Die Reichsregierung will die neue Forderung nicht ohne weiteres anerkennen, zumal die Kommission es beharrlich ablehnt, eine Einzelstellung ihrer angeblichen Ausgaben zu liefern. Eine solche Aufstellung würde aber dem deutschen Volk zeigen, daß von ihm verlangt wird, auch die Spione der Kommission, die in Deutschland ihr Unwesen treiben, zu bezahlen.

England fühlt vor

Berlin, 13. Dez. Laut „Estalon“ wünschte die britische Regierung von der Reichsregierung Auskunft darüber, ob und unter welchen Bedingungen die deutsche Industrie geneigt sei, für eine Anleihe die Bürgschaft zu übernehmen.

Staatspräsident in Bayern

München, 13. Dez. Der Verfassungsausschuss des Landtags nahm den Antrag der Bayerischen Volkspartei an, die Regierung um einen Gesuchentwurf zu ersuchen, durch den in Bayern ein Staatspräsident in besonderem Amt an die Spitze des Staats gestellt wird. Bauernbund und Demokraten waren für Verbindung mit dem Amt des Ministerpräsidenten. Der Antrag der B. Volksp. wurde mit 15 Stimmen (B. Sp. und Mittelpartei) gegen 13 Stimmen (Bauernbund, Demokraten und Sozialdemokraten) angenommen.

Poincaré kündigt die Besetzung des Ruhrgebiets an

Köln, 13. Dez. Der Köln. Jg. wird aus London gemeldet: Die Londoner Besprechung scheiterte, wie die Augustkonferenz unter Lloyd George, weil Bonar Law nicht in die Besetzung des Ruhrgebiets willigen wollte. Poincaré gab amtlich bekannt, daß er das Gebiet am 15. Januar besetzen lassen werde. Bonar Law erwiderte, keine britischen Truppen werden dabei mitmachen. Die Ausichten für die neue Besprechung am 2. Januar gelten als ganz gering. Ein offener Bruch würde nur vermieden, wenn die Friedenskongress in Lausanne und in der Erwägung, daß der Bruch eine auffallende Rechtfertigung für Lloyd George wäre.

Die „Times“ bestätigt in einer Meldung aus Opatow, das französisch-polnische Militärabkommen ermächtigt Polen, gleichzeitig mit der Besetzung des Ruhrgebiets ein Gebiet in Deutsch-Oberschlesien einschließlich der Städte Beuthen und Gleiwitz zu besetzen.

Am 15. Januar ist die nächste Zahlung nach dem Londoner Ultimatum fällig. Poincaré will also, wenn nicht vorher eine Einigung zustande kommt, die Besetzung allein vornehmen, falls die Zahlung nicht geleistet werden kann, was kaum möglich sein wird.

Entkäufung in Paris?

Paris, 13. Dez. Poincaré erlaubte sofort nach seiner Rückkehr nach Paris dem Präsidenten Millerand Bericht über die Londoner Verhandlungen. Voraussichtlich wird er am Freitag in der Kammer sprechen. — Der „Temps“ meint, die Konferenz sei für Frankreich eine bittere Enttäufung; die französische Politik sei in diesem Jahr überhaupt wenig glücklich gewesen. Auch andere Blätter lassen durchblicken, daß es für Poincaré diesmal ums Ganze geht, da man bestimmt ein Ergebnis von London erwartet habe.

Bonar Law über die Verbandschulden

London, 13. Dez. Auf eine Anfrage im Unterhaus sagte Bonar Law, er habe es (bei der Besprechung der Ministerpräsidenten) nicht für richtig gehalten, daß, wie gewünscht wurde, England allein durch Verzicht auf die Entschädigung und Streichung seiner Guthaben bei den Verbündeten die Kosten zu tragen. Billig erschien es ihm, festzustellen, daß Deutschland nicht zahlen könne, und zu sagen: Da wir nicht alles von Deutschland erhalten, was wir erwarten, müssen wir unsere Forderungen ermäßigen. Deshalb habe er hinzugefügt, wenn man die Möglichkeit einer völligen Regelung und die Aussicht auf einen endgültigen

Abbruch, so wäre England bereit, die Gefahr zu übernehmen, nicht so viel von den Verbündeten und von Deutschland zu erhalten, als es Amerika vielleicht werde bezahlen müssen. Er (Bonar Law) habe hinzugefügt, es würde schwierig sein, ein solches Zugeständnis zu wiederholen, wenn die ganze Lage in einer neuen Konferenz nochmals erörtert werden müßte. (Beifall.) Die Regierung wolle indessen nicht weitere Konferenzen unfruchtbar machen.

Die Stellung Italiens

Rom, 13. Dez. Die Blätter schreiben, das Scheitern der Londoner Konferenz bedeute nur, daß die schlummernde Krisis aller früheren Konferenzen endlich zum Ausbruch gekommen sei. Mussolini sei bereit, die französischen Forderungen bezüglich der Rheinzollgrenze, der Beschlagnahme der Wälder und Bergwerke zu unterstützen, aber er könne die militärische Befehung des Ruhrgebietes nicht billigen, da davon Frankreich allein den Vorteil hätte, während Italien leer ausginge.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Dez.

Am Mittwoch nahm der Reichstag in allen 3 Lesungen die Verordnung zur Aenderung des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen an, ferner die Vorlage zur Aenderung der Gewerbeordnung, wonach die Handwerkskammern eine Körperschaft des öffentlichen Rechts unter dem Namen „Deutscher Handwerks- und Gewerbeamtstag“ bilden.

Angenommen wird ein Gesetzentwurf, wonach die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats Zuschläge zu den Steuerzinsen des Kraftfahrzeugsteuergesetzes festsetzen kann, und der Gesetzentwurf zur Neuregelung der im Handelsgesetzbuch und der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen.

Reim 7. Nachtrag zum Reichshaushaltplan beim Reichsarbeitsministerium erklärt Reichsarbeitsminister Brauns, für die Sozialrentner sei die Einkommensgrenze von jährlich 18 000 auf 43 200 M. erhöht worden. Dem Kabinett liege ferner ein Gesetz vor, das die Gemeinden verpflichtet, für die Kleinrentner einzutreten. Die Erwerbslosenunterstützung sei bereits wieder erhöht. Ein Erwerbsloser über 21 Jahre bekomme jetzt pro Tag 250 M.

Abg. Dr. Koels (Dem.) fordert die Kommunisten auf, die Militärenten, die die mitteldeutschen Aufstände und die zahllosen Streiks gekostet haben, für die Arbeitslosen zu verwenden, dann wäre diesen geholfen. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte, großer Lärm bei den Kommunisten.)

Ein kommunistischer Antrag, sofort 10 Milliarden für die Kleinrentner auszuwerfen, wird gegen die Linke abgelehnt, angenommen ein Antrag, der die Regierung auffordert, für eine bessere Unterstützung der deutschen Kriegskriegsopfer in der Schweiz zu sorgen. Der Haushaltsplan wird genehmigt.

Donnerstag 2 Uhr: Deutschnationale Interpellation über die Zustände im Flüchtlingsheim in Frankfurt an der Oder, kleine Vorlagen, Einkommensteuer, Haushaltspläne.

Württemberg

Redarfanalkosten 20 Milliarden

Stuttgart, 13. Dez. Finanzausschuss. Der Finanzausschuss bewilligte für die Kinderunterbringung auf dem Heuberg Darlehen in Höhe von 1 950 000 M. zwecks Beschaffung von Lebensmitteln für das kommende Jahr.

Der Entwurf eines Gesetzes über weitere Bürgschaften des württ. Staats für die Redarfanal- u. G. wurde bei Stimmhaltung des Bauernbunds und der Bürgerpartei genehmigt. Darnach wird die Staatsregierung ermächtigt: 1. weitere Bürgschaften für die Anleihen der Redarfanal- u. G. bis zum Höchstbetrag von 600 Millionen Mark in Gemeinschaft mit dem Reich, Baden und Hessen, sowie Rückbürgschaft Baden und Hessen gegenüber zusammen mit dem Reich im Verhältnis von 1:2 und dem Reich gegenüber gegenseitig in demselben Verhältnis zu übernehmen; 2. unter der Voraussetzung entsprechender Verzichtleistung seitens der Reichs, Badens und Hessens auf die Entziehung von Bauges. hinsichtlich des Betrags von 80 Millionen Mark Gesellschaftsaktien zu verzichten. Die Summe für das ursprüngliche Bauprogramm betrug 520 Millionen Mark. Durch die Geldumwertung wurde der Vorschlag Ende September auf 6 Milliarden, Ende Oktober auf 10 Milliarden, Mitte November auf 13 Milliarden und Ende November auf 20 Milliarden (nach badischer Berechnung 26 Milliarden) festgesetzt. Es erhebt sich nun die Frage, ob der Redarfanal überhaupt fortgeführt werden kann. Nach einstimmiger Beschlußfassung der beteiligten Kreise sollen nicht alle sieben Bauteile fortgeführt werden, sondern es sollen die Arbeiten auf jene Stellen beschränkt werden, die am meisten vorgezeichnet sind und als Kraftwerke Verwendung finden können. Es handelt sich dabei vor allem um Redarfauhm und Wiblingen in Baden. Die Redarverlegungsarbeiten in Unter- und Obertürkheim werden ebenfalls wegen der Hochwassergefahr und der Eisenbahnausdehnung fortgesetzt.

Stuttgart, 13. Dez. Vorbeugungsmaßnahmen. Die Regierung bereitet wirksame Maßnahmen vor, um solchen Ausschreitungen, wie sie bei den Versammlungen der Nationalsozialisten und deren Störungen in Stuttgart und Göttingen vorkamen, künftig vorzubeugen.

Stuttgart, 13. Dez. Versammlungsverbot. Das Ministerium des Innern hat anlässlich der Vorfälle in Stuttgart und Göttingen Versammlungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Württemberg bis auf weiteres verboten.

Stuttgart, 13. Dez. Strafkammer. Der Arbeiter Karl Brecht beging in einer chemischen Fabrik bei Korntal längere Zeit hindurch beträchtliche Warendiebstähle, mit denen er einen Handel betrieb. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis. Ein 18jähriger Kaufmann, den er zur Beihilfe anstiftete, erhielt 2 Monate Gefängnis.

Die Stuttgarter Straßenbahnen haben wieder einmal ihre Preise erhöht. Ein Fahrchein für zwei Teilstrecken kostet 40 Mark, bis zu 12 Teilstrecken 50 Mark, darüber 60 Mark.

Fleischpreiserhöhung. Auf Grund Beschlusses der Stuttgarter Fleischerinnung treten ab morgen folgende Fleischpreiserhöhungen in Kraft: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 450, Rindfleisch 2. Güte 360—380, Kuhfleisch 1. Güte 320—330, 2. Güte 260—280, Kalbfleisch 400—410, Schweinefleisch 700, Hammelfleisch 350—360, Schafffleisch 290—310.

Ravensburg, 13. Dez. Todesfall. Der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Alfred Rembold ist gestern nach kurzer Krankheit im Alter von 78 Jahren gestorben. Neben Gröber und Kiene war Rembold einer der hervorragendsten Führer der Zentrums-Partei. Ein Jurist von großem Scharfsinn und gewandter Redner zählte er namentlich im württ. Landtag zu den markantesten Persönlichkeiten. Im politischen Kampf liebte er stets sachlich und vornehm und erfreute sich bei allen Parteien großer Verehrung.

Ravensburg, 13. Dez. Ein Liter Milch 200 M. Im Gemeinderat teilte der Vorsitzende mit, daß ab 16. Dez. der Milchpreis voraussichtlich auf 200 M. das Liter komme. Für die Rinderbemittelten soll eine Verbilligung auf etwa 100 M. eintreten. In einer Eingabe an die Regierung wurde scharfer Einspruch gegen das Verhalten der Oberämter Wengen und Leutkirch in der Milchlieferung eingelegt und ein Ausfuhrverbot für Milch und Milchzeugnisse verlangt.

Treue Kameradschaft. Dem Badischen Kriegerbund sind zum Neopfer vom Deutschen Militärverein Jülich 100 000 Mark, vom Verein deutscher Kameraden Schaffhausen 50 000 Mark und vom Kriegerbund Bern 10 000 Mark zugegangen.

Zeitungsverbot. Nach einer Pariser Blättermeldung sind die „Badische Presse“ in Karlsruhe und das „Heidelberger Tageblatt“ in Heidelberg von der interalliierten Rheinlands-Kommission auf Vorschlag des französischen Oberkommissars auf drei Monate für das besetzte Gebiet verboten worden wegen eines für die Besatzungsstruppen „beleidigenden“ Artikels.

Merke

Kardinal Faulhaber über die Not der deutschen Kinder. Kardinal Dr. v. Faulhaber sprach in einer Versammlung in der Münchner Universität in erschütternder Weise über die Not des deutschen Kindes. Er erklärte, der fünfte Teil unserer leidenden Volks sei das deutsche Kind. Ein Volk ohne eine lachende u. spielende Kinderwelt habe seinen Frühling verloren. Es gebe keinen ehrloseren Kampf als den gegen wehrlose und unschuldige Kinder. Das bevorstehende Fest des Friedens sollte wenigstens dem Krieg gegen die deutschen Kinder endlich ein Ende machen. Der Kardinal richtete an die Mütter und Väter des Auslandes einen Appell, auf die große Not des deutschen Kindes zu schauen.

Hunderttausend Mark Wochenverdienst. Die Diamantschleiferei des Kreises Offenbach hat gegenwärtig Hochkonjunktur. Das wöchentliche Durchschnittseinkommen eines Diamantschleifers beläuft sich auf mehr als 50 000 M. Geübte Arbeiter verdienen 100 000 M. und mehr in der Woche. Die Diamantschleifer legen die Löhne größtenteils in Grundstücken und Häusern an. Nicht nur in den kleineren Ortschaften, sondern auch in Offenbach und Frankfurt a. M. sind Häuser in den Besitz der Arbeiter übergegangen.

Kauf eines Dampfers. Die Hamburg-Amerika-Linie hat ihren Dampfer „Brasilia“, 6585 Tonnen, der u. a. nach dem Friedensvertrag an Frankreich ausgeliefert werden mußte, zurückgekauft.

Diebstahl. Aus dem Garten des Reichswehrministeriums in Berlin wurden nachts die eiserne Büste Kaiser Wilhelms I., eine Doppelbüste Wilhelms-Roon, die Büste Friedrich Wilhelms III., und die Doppelbüste Scharnhorst-Gneisenau gestohlen.

Ueberfall auf der Eisenbahn. Im Zug Essen—Böhum wurde der Kraftwagenfabrikant Arnold aus Böhum von zwei Räubern überfallen, die mit Hämmern auf ihn einschlugen. Arnold setzte sich kräftig zur Wehr. Einer der Räuber fiel aus dem Zug und wurde überfahren, der andere sprang ab und entkam.

Weihnachtspenden. Der frühere regierende Fürst Heinrich XXVII. von Reuß j. L. hat dem Oberbürgermeister Dr. Herrfurth in Gera 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, damit er nach eigenem Ermessen den Armen der Stadt eine Weihnachtsfreude machen könnte. — Die hertfortischen Bergwerke in Heinrichshall haben der benachbarten Stadt Röstzig 630 000 M. zur Verteilung überwiesen.

Abgefuhrte. Beim Schneeschublauf auf der Breiter Spitze sind der Kunstmaler Forchhammer und seine Braut aus München tödlich abgestürzt.

Fabrikbrand. In der Motorenfabrik Benz u. G. in Mannheim brach am Mittwoch früh in einem großen Holzschuppen ein gefährlicher Brand aus, dem viel Holz, Kohlen und größere Vorräte von Modellen zum Opfer fielen.

Erdbeben. Am 11. Dezember wurden in der Gegend von Santiago in Chile neue starke Erdstöße verspürt.

6 Millionen Geldstrafe. Die Hamburger Strafkammer verurteilte zwei Händler wegen Zollhinterziehung bei Kaffee-Einfuhr zu je 3 072 444 Mark Geldstrafe oder 1 Tag Haft für je 150 Mark.

Die Nordstunde. Bei einem Bauerngutsbesitzer in Neuwanken (Neumark) erschien ein 20jähriger Verwandter und verlangte ein Darlehen. Es wurde ihm abgelehnt, aber er wurde zum Essen eingeladen. Als der Besucher kurze Zeit das Zimmer verließ, erschoss der Nordbube die Frau und dann den herbeieilenden Ehemann.

Raub. Drei Verbrecher drangen unter dem Vorgeben, Ausbesserungen vornehmen zu müssen, in eine Wohnung in Berlin ein, schlugen die Hausfrau nieder und raubten aus dem Zimmer eines Untermieters Gold- und Silbersachen, Pelzwaren usw. im Wert von 10 Millionen Mark.

Die größte Uhr der Welt befindet sich im Turm des Rathhauses zu Philadelphia. Das Zifferblatt mißt 10 Meter im Durchmesser, wird während der Nacht elektrisch erleuchtet und befindet sich in einer Höhe, die es für alle Punkte der Stadt sichtbar macht. Der Minutenzeiger ist 4, der Stundenzeiger 2 1/2 Meter lang. Die Glocke für das Schlagwerk wiegt 50 000 Pfund. Die Riesenuhr wird täglich vermittelst einer im Turm untergebrachten Dampfmaschine aufgezogen.

Sprachreinigung. Der „Zylinderhut“ ist kein ganz deutsches Wort, und so hat sich die Schriftleitung eines Berliner Witzblatts veranlaßt gesehen, eine Preisausschreibung zu veranstalten, um so zu ermitteln, welche deutschen Bezeichnungen sich für Zylinderhut austreiben lassen. Das Preisausschreiben hat den Erfolg gehabt, daß sich dieierhalb dem armen Zylinder die Haare sträuben dürften, wenn er erfährt, daß einige „hundertundfünfzig“ Sprachreiniger ihre Köpfe an ihm verucht und an fünfhundert Ueberlegungen erzeugt haben. Unter den zahlreichen Verbeutungsanschlägen haben wir folgende preisgekrönte heroor: Hochhut, Glashelmen, Feltgondel, Kandidatenmütze, das glänzende Elend, Walzling, Schweiß-Stülper, Parfum-Höhle, Krempen-Röhre, Dunsttiepe, Pomadendekel, Glanz-Küßl, Schloßter-Pauke, Duft-Kanone, Genid-Walze, Schautendekel, Wumpigfrone, Kinderjarg, Trauertonne, Trauerresse, Parade-Propfen, Egamentrichter, Rummelsburg, Ausschloßen, Schmatzgondel, Demutsbedel, Gedankenkeune, Striegelrolle, Eißelturm-Monument, Drückeberger usw.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 13. Dez.: 8107,10 (8471,10).
 1 Pfund Sterling 37 406,20, 100 holländische Gulden 324 810.—,
 100 Schweizer Franken 152 617.—, 100 franz. Francs 56 957.—,
 100 Ital. Lire 40 149.—, 100 österr. Kronen 11,47, 100 tschech. Kr.
 24 588.—, 100 polnische Mark 46.—
 Der Banknotenumsatz ist in der ersten Dezemberwoche um
 92,8 auf 440,9 Milliarden Mark gestiegen, der Umlauf der Dar-
 lehnskassenscheine nahm um 11,1 Millionen Mark ab und beträgt
 13,8 Milliarden.
 Herabsetzung der Getreidemenge in Hessen. Infolge der
 schlechten Ernte ist das Getreidemangelgebiet in Hessen von 45 000
 auf 35 000 Tonnen herabgesetzt worden. Wegen des geringen
 Ernteertrages erscheint der hessischen Regierung aber auch dieser
 Betrag noch zu hoch, und sie hat deshalb beim Reich eine weitere
 Herabsetzung beantragt. Vorläufig hat dieser Antrag allerdings
 eine Ablehnung erfahren.
 Der Weizenmehlpfeis Spezial 0 wurde weiter auf 57 500 M.
 für den Doppelzentner erhöht.
 Der Preis für Baumwollnähfaden wurde um 20 Punkte auf
 600 Prozent erhöht.

Stuttgarter Börse, 13. Dez. Die Nähe der Weihnachtsfele-
 nge machte sich an der heutigen Börse bereits bemerkbar insofern,
 als die Geschäftstätigkeit sich etwas eingeschränkt hat. Trotzdem
 war die Haltung der Aktienmärkte wieder recht fest und die Kurs-
 erhöhungen haben bei verschiedenen Werten zum Teil ansehnliche
 Ausmaße angenommen. Man blieb in fester Haltung. — Bank-
 aktien: Vereinsbank 1800, Volksbank 1400 (1350), Sp-
 scheinbank 700, Rotenbank 4000 (3600). — Brauereiwerte:
 Ravensburg 900 (860), Ehlingen 1550 (1300), Kettenmeyer 2000,
 Kottweil 700, Walle 1700. — Metallaktien: Felamechanik
 15 000 (12 900), Hobner 9400 (8000), Jungbans 4150 (4400), Me-
 tallwaren 17 100. — Maschinenwerte: Daimler 4620 (5000),
 Laubheimer 8000, Ehlingen 4700, Heiser 3250, Reckarsulmar 3400.
 — Spinnereiwerte: Unterhausen 8000 (6200), Bietingheim
 10 200 (9000), Korb-Schule 7300 (7000), Pfersee 6500, Kottner
 5800, Kuchin 10 500 (10 000), Ehlingen 7200 (7000), Kattun 7100
 (6000), Leinenindustrie 8000 (7500). — Uebrig Wert: An-
 lin 15 000 (13 000) Weingrecht 8500 gegen 6000, Heidelberger
 Cement 7500 (7200), Köln-Rottweil 11 990 (10 000), Krumm 2200
 (2000), Salzwerk Heilbronn 17 000 (15 000), Wachenheim 4550
 (4000), Stuttgarter Zucker 10 500 (9500), Mannheimer Del 6500,
 Transport 1900, Ziegelwerke Ludwigsburg 5000.

Württembergische Vereinsbank.
 Kemptener Butter- und Käsebörsen. Der für die letzte Wele-
 nwoche errechnete Durchschnittspreis stellt sich bei Butter auf 1561,10
 Mark (vorige Woche 1257,82 M.), bei Weichkäse auf 621,01 M.
 (542,40 M.), für Wadener Rundhölzer auf 815,67 M. (660,76 M.).
 Der Umsatz betrug in Butter 29 731 Pfund (in der Vorwoche 58 152
 Pfund), in Weichkäse 396 255 Pfund (579 009 Pfund), in Rund-
 hölzern 108 618 Pfund (268 663 Pfund).

Weingüter. Der Reichsernährungsminister hat be-
 stimmt, daß die Weingärtner den auf sie entfallenden
 Zucker, sofern die noch zu zuckenden Reine oder Rosse
 schon verkauft sind, an die Käufer abzutreten haben.

Wetter-Bericht

Der Hochdruck steigt weiter an, am Freitag und Samstag ist
 Aufbesserung, aber Sinken der Temperatur zu erwarten.

Inseriert im „Tagblatt!“

Brennstoffversorgung für 1923.

Für 1923 erhalten die Familien wieder je 3 Rm. Brenn-
 holz zum Preise von 1200—1500 Mk. je Rm. oder an
 deren Stelle für 1 Rm. Brennholz je 10 Zentner Koks
 oder Kohle zum Preise von 800 Mk. je Zentner (die Fracht,
 Ausladung und Umsatzsteuer betragen allein ca. 750 Mk.,
 Verkaufspreis beim Händler heute 3200 Mk.).

Anmeldungen auf Brennholz oder Koks und Kohle sind
 im Laufe dieser Woche nachmittags von 4—6 Uhr auf dem
 Meldeamt zu machen.

Stadtschultheißenamt: Wäbner.

Einladung.

Anlässlich unserer am 16. ds. Monats, abends
 7/8 Uhr im Gasth. z. „Eintracht“ stattfindenden

50er Feier

erlauben wir uns, alle Schulkameraden und
 Schulkameradinnen herzlich einzuladen.

Mehrere 1872er.

Bereinigt. Gewerkschaften u. wirtschaftl. Vereinigung.

Am Freitag, den 15. Dezember abends 8 Uhr findet
 im Saale zur „Alten Linde“ eine

Wählerversammlung

statt. Es liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft
 vollständig mit ihren wahlberechtigten Familienmitgliedern
 zu erscheinen.

Der Einberufer.

Gersters Nähmaschinen

liefert

bei günstigen Zahlungs-Bedingungen unsere Zweigstelle
Andreas Binder, Pforzheim, Pfarrgasse 7.
 Anfrage per Postkarte, komme ins Haus.

Letzte Nachrichten.

Frankreich verzichtet auf die Ruhrbesetzung.

Paris, 13. Dez. Ministerpräsident Poincaré hat dem
 Präsidenten der Republik über den Verlauf der Londoner
 Konferenz Bericht erstattet. Ueber die Unterhaltung
 zwischen Millerand und Poincaré verläutet, daß die bei-
 den Staatsmänner sich wider Erwarten einigen konnten
 und den Verzicht auf die Besetzung des Ruhr-
 gebietes beschlossen haben. Poincaré versicherte
 Pressevertretern, es sei nicht möglich, heute bereits an-
 zugeben, an welche Pfänder Frankreich denke, es sei aber
 ja, daß ihre Erfassung keine militärische Ope-
 rationen erforderlich mache. Diese Erklärung Poin-
 carés hat unter den anwesenden Pressevertretern lebhaft
 Verwunderung erregt. Poincaré erklärte, die franzö-
 sische Regierung werde an eine sofortige Aktion nur den-
 ken, wenn — entgegen allen Erwartungen — die Re-
 parationskommission vor dem 15. Januar Deutschland ein
 Moratorium gewähren würde. Diese Möglichkeit habe
 aber sehr wenig Wahrscheinlichkeit. Der wirkliche Be-
 wegggrund dieses schwerwiegenden Pariser Beschlusses ist,
 die Pariser Konferenz vom 2. Januar zu ermöglichen,
 da die Engländer erklärten, daß die Verhandlungen nur
 Erfolg hätten, wenn Poincaré die Ruhrbesetzung fallen
 lasse. Unter diesen veränderten Gesichtspunkten ist auch
 eine neue Fühlungnahme Deutschlands zu erwarten, die
 bereits durch das weitere Verbleiben Bergmanns in Lan-
 don gegeben ist.

Bonar Law's Antwort an den Reichskanzler.

Paris, 13. Dez. Reuter meldet, daß die Entscheidung
 der Ministerpräsidenten über die deutsche Note ge-
 stern abend in der Form einer kurzen und höflichen
 Antwortnote Bonar Law's an Herrn Cuno nach Berlin
 geschickt wurde. Bonar Law begnügt sich, in seiner
 Antwort den Empfang der deutschen Note zu be-
 stätigen und erklärt, daß sie von den verbündeten Mi-
 nisterpräsidenten geprüft worden sei. Er fügt den
 Druck des aufrichtigen Bedauerns hinzu, daß die Mi-
 nisterpräsidenten der Ansicht seien, in den deutschen
 Vorschlägen unter den gegenwärtigen Umständen keine
 Lösung für die Reparationschwierigkeiten zu finden.

Die Einigung der Internationalen.

Haag, 13. Dez. Die Volksgugsausschüsse der bei-
 den sozialistischen Internationalen von London und
 Wien haben unter Vorsitz von Henderson nach langer
 Erörterung eine Entscheidung angenommen, in
 der der feste Wille bekundet wird, auf die Zusam-
 menlegung der sozialistischen Aktionen
 und Organisationen hinzuwirken. Dementspre-
 chend beschloffen die Vertreter der Volksgugsausschüsse
 von London und Wien, ein allgemeines Aktionskomitee
 von acht Mitgliedern zu bilden, dessen Hauptaufgabe
 die Vorbereitung der baldmöglichsten Einberufung

einer internationalen sozialistischen Kon-
 ferenz ist.

Thrazien fordert Unabhängigkeit.

Lausanne, 13. Dez. Die in Lausanne anwesende Abord-
 nung der Flüchtlinge aus Thrazien hat der Kon-
 ferenz eine Note überreicht, in der die Unabhängigkeits-
 erklärung Thraziens verlangt und vorgeschlagen wird,
 Thrazien als Pufferstaat zwischen Bulgarien, der Tür-
 kei und Griechenland unter den Schutz des Völker-
 bündes zu stellen.

Die Unruhen in Warschau.

Warschau, 13. Dez. Die Ruhe ist noch immer nicht
 hergestellt. General Gallier spielt die Haupt-
 rolle bei den letzten Vorgängen, die mit Demonstra-
 tionen gegen den Präsidenten begonnen haben, aber
 zu blutigen Szenen ausarteten. Die Nationalverbände
 treten gegen die jüdische Minderheit auf. In den
 jüdischen Stadtvierteln herrscht äußerste Beunruhigung.

Erfrierungstod in Italien.

Rom, 13. Dez. Nach einer Meldung aus Rom sind
 am Dienstag infolge der hier herrschenden großen
 Kälte nicht weniger als 5 Personen erfroren.

Wichtig für den Einkauf!

Nicht jeder gekaufte Anzug ist ein Bleyle-Anzug. Infolge
 der allgemeinen Beliebtheit von Bleyle's Fabrikate wird immer
 wieder versucht, unter unberechtigter Verwendung des Namens
 „Bleyle“ in unlauterer Weise Nachahmungen anzubieten, um so
 von dem Erfolg und dem guten Ruf des Originals mitzugewinnen.
 Demgegenüber wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur die
 von der Firma W. Bleyle, G. m. b. H., Stuttgart, hergestellten
 Erzeugnisse, unter der gesetzl. geschützten Marke „Bleyle“, vor deren
 mißbräuchlicher Verwendung gewarnt wird, verkauft werden dürfen.
 Jedes Stück hat den Namen „Bleyle“ eingewirbt. Wo Bleyle's
 Fabrikate am Platz nicht erhältlich sind, wende man sich an das
 Spezialverhandelsgeschäft Aug. Friedr. Sauer, Stuttgart 52, Neue
 Brücke 1. Die Firma sendet auf Verlangen ausführliche Preis-
 listen unsonst und portofrei. Wer beim Kauf auf die Echtheit
 achtet, schützt sich vor Enttäuschungen.

Die

Birkenfelder Baumaterialien-Großhandlung
 liefert alles, was zum Bau des Eigen-Heims
 gehört u. fertigt Pläne u. Kostenvoranschläge

Inhaber: W. Hildenbrand

Birkenfeld Telefon 16
 Wildbad Telefon 18

Linden-Lichtspiele

Samstag abend 7/9 Uhr,
 Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends halb 9 Uhr
Das große Sensations-Programm! 9 Akte!
Der Untergang
des Ozeanriesen „Olympic“
 Sens. Drama vom Meere und der Prarie in 5 Akten.
„Der Schmuggler und sein Weib“
 Hochlands-Drama in 4 Akten. Gespielt von der
 bekannt. bayr. Schauspieltruppe Terofals-Schliersee.
 Der Reinertrag wird zu Gunsten
 der hiesigen Kleinkinderschule verwendet.

Fußball-Verein

Wildbad.
 vere. Fußball- und Sportverein

Donnerstag abend 8 Uhr
Monatsversammlung
 im Bahnhofshotel.

Alle Anhänger unseres
 Sports, auch Nichtmitglieder,
 wollen sich hierzu einfinden.
 Der Ausschuß.

Herren-Anzüge,
 Ulster, Schlüpfer,
 Feldgraue Hosen,
 Mandfester-Hosen,
 Gestreifte Sonntagshosen,
 Burklin-Hosen,
 Zwirnhosen,
 Engl. Lederhosen,
 Winterlodentittel,
 Windjacken,
 Arbeitsmäntel,
 Drilch-Anzüge,
 Blaue Arbeitsanzüge,
 sowie sämtliche Sorten
 Schuhwaren, offeriert
 Weintraub,
 Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Allg. Bildungs-Verein.

Ausschubstzung findet
 erst heute in 8 Tagen
 im „Ochsen“ 7/8 Uhr statt.
 Dr. Waidner.

Turn-Verein

Wildbad.
Zur Aufstellung
von Pyramiden

werden die Turner, insbe-
 sondere die älteren ersucht,
 ab morgen Freitag zahlreich
 und regelmäßig in der Turn-
 stunde zu erscheinen.
 Der Turnwart.

Toiletteseifen,

einzelnd und in Carton.
 A. u. W. Schmitt, Med.-Drogerie.
 Kaufe fortwährend:
 Alt Gold, Silber,
 und Edelsteine,
 zu höchsten Tagespreisen.
 G. Janser, Juwelier.

Photo-Atelier Reinhardt

im Graf Eberhardbau.
 Bis Weihnachten täglich geöffnet.
 Sonntags von 11—3 Uhr.

Glänzende Gewinnaussichten
 bietet die neue, am 9. und 10. Januar beginnende
Klassen-Lotterie.
 Geldgewinne über
1 1/4 Milliarde
 Höchstgewinne Mark
25 Millionen
12 1/2 Millionen
 Fast jedes zweite Los gewinnt.
 1 Achtel 1 Viertel 1 Halbes 1 Ganzes Los 1 Doppellos
 75 Mk. 150 Mk. 300 Mk. 600 Mk. 1200 Mk.
 Zustellungsgeb.: d. Drucks. 10 M., d. Brief 30 M. mehr.
J. Schweickert, Württ. Lotterie- Stuttgart,
 Einnahme, Marktstraße 6.
 Telefon 1921. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 5111.

Diamant
 keine
 Versandhaus-
 ware
 prima Qualitätsmarke
 sehr preiswert
Fahrräder
 zu be-
 achtigen
 - bei:
 Niederlage in Wildbad: Carl Tubach jr.

Für Weihnachten
 empfehle ich
 Orangen, Citronen, Feigen, Dörrobst,
 Baumnüsse, Äpfel und Zwiebeln, sowie
 alle Sorten Kirchwasser und Liköre.
Romano Chierogato.

